Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9183**

21. Wahlperiode 11.11.2026

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten
– Drucksache 21/4200 –

Jahresbericht 2025 (67. Bericht)

A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages jährlich zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat der Wehrbeauftragte am 3. März 2026 dem Deutschen Bundestag seinen Jahresbericht für das Jahr 2025 vorgelegt.

B. Lösung

Kenntnisnahme der Unterrichtung und einstimmige Annahme einer Entschließung.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf Drucksache 21/4200 folgende Entschließung anzunehmen:

„1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.

2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.

3. Die Bundesregierung wird gebeten, dem Verteidigungsausschuss bis zum 3. Mai 2027 über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten."

Berlin, den 11. November 2026

Der Verteidigungsausschuss

Thomas Röwekamp
Vorsitzender

Vivian Tauschwitz
Berichterstatterin

Hannes Gnauck
Berichterstatter

Falko Droßmann
Berichterstatter

Sara Nanni
Berichterstatterin

Desiree Becker
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Vivian Tauschwitz, Hannes Gnauck, Falko Droßmann, Sara Nanni und Desiree Becker

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf **Drucksache 21/4200** in seiner 68. Sitzung am 26. März 2026 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Sport und Ehrenamt sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Sport und Ehrenamt** hat die Vorlage in seiner 34. Sitzung am 11. November 2026 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 29. Sitzung am 11. November 2026 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verteidigungsausschuss hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 13. Oktober 2026 auf Ausschussdrucksache 21(12)519 in seiner 41. Sitzung am 11. November 2026 beraten.

Im Ergebnis empfiehlt der **Verteidigungsausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Die **CDU/CSU-Fraktion** dankte dem Wehrbeauftragten sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Jahresbericht, der für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und insbesondere auch für die Truppe stets sehr wichtig sei. Die Soldatinnen und Soldaten könnten in diesem sehen, dass ihre Anliegen gehört würden. Die Fraktion der CDU/CSU betonte die im Bericht empfohlene Notwendigkeit eines eigenen Feldjägergesetzes und kritisierte die Dauer der Disziplinarverfahren, die mit durchschnittlich 35 Monaten deutlich zu lang seien.

Die **AfD-Fraktion** schloss sich dem Dank an den Wehrbeauftragten an. Sie bat ihn, dass er die Tradition seiner Amtsvorgängerin fortsetze, wieder vor der Veröffentlichung des Berichts ein Berichterstattergespräch mit den Abgeordneten durchzuführen. Die Fraktion hob mit Blick auf den Neuen Wehrdienst zudem hervor, dass der Wehrbeauftragte in seinem Bericht die Erfolgsaussicht der Freiwilligkeit bezweifele. Außerdem bat sie hinsichtlich des Veteranentages um eine Evaluation der dezentralen Veranstaltungen in den Kommunen.

Die **SPD-Fraktion** äußerte ebenfalls ihren Dank an den Wehrbeauftragten und sein Amt. Die Bundeswehr und das Bundesministerium der Verteidigung arbeiteten bereits an Verbesserungen, etwa durch das Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetz und verschiedene Personalmaßnahmen. Dennoch sei die Abbruchquote in der Probezeit von 25 Prozent weiterhin zu hoch. Die Empfehlungen des Berichts, die Beratung in den Karrierecentern zu verbessern und die erfolgte Reform der Wehrdisziplinarordnung in der Praxis besser umzusetzen, teilte sie.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach ebenfalls ihren Dank an den Wehrbeauftragten sowie sein Amt aus und betonte die im Bericht empfohlene Notwendigkeit eines eigenen Feldjägergesetzes. Gut sei, dass der Bericht weiterhin die immer noch ausstehende Neufassung des sogenannten Haar- und Barterlasses fordere. Das Bundesministerium der Verteidigung sollte mit Blick auf die Attraktivität der Brigade Litauen noch mehr dafür tun, dass häufiger Direktflüge zwischen Vilnius und verschiedenen deutschen Städten angeboten würden.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Fraktion Die Linke** schloss sich den Dankeswünschen an. Der Wehrbeauftrage betrachte sich zu Recht als kritische Instanz gegenüber dem Bundesministerium der Verteidigung und als sicherheitspolitischer Impulsgeber. Vor diesem Hintergrund kritisierte die Fraktion, dass der 67. Bericht insgesamt um rund 100 Seiten kürzer als vorherige Berichte ausfalle und dass insbesondere das Kapitel zum sexualisiertem Fehlverhalten zu kurz sei. Dies werde dem Thema nicht gerecht. Auch wünschte sich die Fraktion, dass im nächsten Bericht wieder die Problematik von Minderjährigen in den Streitkräften thematisiert werde.

Berlin, den 11. November 2026

Vivian Tauschwitz
Berichterstatterin

Hannes Gnauck
Berichterstatter

Falko Droßmann
Berichterstatter

Sara Nanni
Berichterstatterin

Desiree Becker
Berichterstatterin

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.